

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit verlängern und die Einwanderung ins soziale Netz verhindern!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsbürger aus Rumänien und Bulgarien verlängert werden sowie das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern und die EU-Freizügigkeitsrichtlinie so geändert werden, dass eine Zuwanderung an Armutsimmigranten in den deutschen Sozialstaat nicht mehr stattfinden kann.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die volle Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Staatsbürger aus Bulgarien und Rumänien ab 2014 wird zu einer unkontrollierten Zuwanderung führen.

Durch die unsägliche Sparpolitik verschärft sich die soziale Situation gerade in den südlichen EU-Staaten. Diese Entwicklung befördert die Zuwanderung von Armutsimmigranten aus halb Europa nach Deutschland.

Die sozialen Härten und Ungerechtigkeiten können aber nicht dadurch beseitigt werden, indem diese Armutszuwanderung ins soziale Netz der Bundesrepublik Deutschland auch noch begünstigt wird.